

**Haushalt 2018;
Umsetzung der Höchstgrenze für die Ausweitung des Beamten- und
Arbeitnehmerstellenplanes**

Anlage:
Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen der CSU und SPD Nr. 14-20/A 03701
vom 13.12.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 11509

Bekanntgabe in der Vollversammlung des Stadtrats vom 27.06.2018
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

**1 Vorgaben aus dem Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen der CSU und der SPD
vom 13.12.2017**

Im Jahr 2017 wurden für das Haushaltsjahr 2018 ff. über Finanzierungs- und durch die Vollversammlung bestätigte Empfehlungsbeschlüsse stadtweit ursprünglich 1.058 Stellen-VZÄ beschlossen. Der Stadtrat hat mit Verabschiedung des Haushalts 2018 am 13.12.2017 eine stadtweite Höchstgrenze von maximal 800 zusätzlichen Stellen festgelegt.

In einer ersten Abfrage an die Referate wurde von 1.070 zusätzlichen VZÄ ausgegangen. Nach Vorlage der endgültigen Stadtratsbeschlüsse im Dezember 2017 ergab sich dann eine tatsächliche Ausweitung von 1.057,68 (gerundet: 1.058) VZÄ.

Die Höchstgrenze der einzelnen Referate errechnete sich entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an den ursprünglich vorgesehenen 1.058 Stellen. In dieser Basis waren sämtliche Stellenausweitungen aufgrund Stadtratsbeschlüssen enthalten. Einzige Einschränkung, die der Stadtrat in seinem Änderungsantrag vorgegeben hat, ist die Ausnahme des neu gegründeten IT-Referats (12 VZÄ im Rumpfbereich).

Die Verwaltung wurde beauftragt, die sich aus der Vollversammlung vom 13.12.2017 ergebenden Festlegungen umzusetzen und den Stellenplan 2018 auf dieser Basis zu vollziehen. Die nähere Ausgestaltung wurde durch die Verwaltung im Vollzug geregelt.

Den Referaten wurde freigestellt, bereits beschlossene Kapazitätsausweitungen, die die Höchstgrenze überschritten, mit vorhandenen unbesetzten Stellen zu kompensieren. Handelte es sich bei der Kompensation um durch Stadtratsbeschluss zweckbestimmte Stellen,

war ein gesonderter Stadtratsbeschluss herbeizuführen. Sofern Referate Kompensationen mit nicht zweckbestimmten Stellen vollzogen haben, oder die Erfüllung des Auftrags lediglich durch Verzicht auf einzelne Beschlüsse umgesetzt haben, war eine Stadtratsbefassung nicht erforderlich.

Das Vorgehen der Referate wurde im Detail geprüft, unzulässige Kompensationen wurden zurückgewiesen. Alle Referate haben die Vorgaben des Stadtrates und die Festlegungen des Personal- und Organisationsreferats eingehalten.

Das vom Stadtrat vorgegebene Ziel, maximal 800 zusätzliche Stellen für das Jahr 2018 einzurichten, ist erreicht.

2 Im Ergebnis ergab dies folgende Vorgaben für die Referate:

Referat	Gesamtzahl der VZÄ aus Beschlüssen für 2018	Höchstgrenze der VZÄ pro Referat	die Höchstgrenze übersteigende VZÄ
Direktorium	7,17	5,4	1,77
RIT (Rumpf)	12,0	12	0
RIT (Rest)	27,0	20,3	6,7
Baureferat	167,45	126,2	41,25
Referat für Gesundheit und Umwelt	33,88	25,5	8,38
Kommunalreferat	24,18	18,2	5,98
Kreisverwaltungsreferat	364,8	274,9	89,9
Kulturreferat	10,67	8,1	2,57
Personal- und Organisationsreferat	67,65	51	16,65
Planungsreferat	25,49	19,2	6,29
Referat für Bildung und Sport	159,43	120,2	39,23
Sozialreferat	114,43	86,2	28,23
Stadtkämmerei	31,48	23,7	7,78
Referat für Arbeit und Wirtschaft	12,05	9,1	2,95
Summe	1.057,68	800	257,68

Alle Referate haben die Vorgabe zur Einhaltung der Höchstgrenze von maximal 800 VZÄ auftragsgemäß eingehalten.

Stadtweit wurde auf 160,1 VZÄ aus den im Jahr 2017 gefassten Beschlüssen verzichtet. Soweit diese Stellen aus Sicht der Fachreferate unverzichtbar sind, wurden diese von den Referaten bereits im Rahmen der verbindlichen Kapazitätsplanung für den Haushalt 2019 erneut beantragt.

Daneben haben die Referate Stellen aus Beschlüssen geschaffen, die die Höchstgrenze von 800 Stellen übersteigen, in dem sie als Ausgleich andere Stellen zum Einzug anboten. **Dabei wurden 74,6 VZÄ mit Kompensation durch vorhandene Stellen und 23,0 VZÄ durch Kompensation mit zweckbestimmten Stellen* abgedeckt.**

(* zweckbestimmt sind Stellen dann, wenn sie aufgrund von Stadtratsbeschlüssen erstmalig im Haushalt 2016 veranschlagt wurden)

Nachfolgend ist ersichtlich, wie die Referate im Einzelnen die über die Höchstgrenze hinausgehenden Stellenforderungen umgesetzt haben.

Maßnahmen zur Einhaltung der Höchstgrenze

	über die Höchstgrenze hinausgehende Stellenforderung	keine/reduzierte Umsetzung von Beschlüssen	Kompensation mit vorhandenen Stellen	Kompensation mit zweckbestimmten Stellen
Direktorium	1,77	1,0	0,3	0,5
RIT (Rest)	6,7	6,7	0	0
Baureferat	41,25	23,6	17,8	0
Referat für Gesundheit und Umwelt	8,38	5,0	1,8	1,5
Kommunalreferat	6,0	4,0	2,0	0
Kreisverwaltungsreferat	89,9	52,3	20,1	17,5
Kulturreferat	2,57	0	2,6	0
Personal- und Organisationsreferat	16,7	13,6	1,6	1,5
Planungsreferat	6,29	3,3	3,0	0
Referat für Bildung und Sport	39,23	35,0	4,3	0
Sozialreferat	28,23	8,2	17,8	2,0
Stadtkämmerei	7,78	4,8	3,0	0
Referat für Arbeit und Wirtschaft	3,0	2,7	0,3	0
Summe	257,73	160,1	74,6	23,0
			97,6	

3 Umsetzung der Höchstgrenze der Referate im Einzelnen

3.1 Direktorium

Im Direktorium wurden für das Jahr 2018 insgesamt 7,17 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 5,4 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **1,8 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurden **1,0 VZÄ** aus dem Beschluss 14-20/V08072

„Stadtbezirksbudget für München“ nicht umgesetzt. Statt der ursprünglich beschlossenen 2,5 VZÄ werden somit lediglich 1,5 VZÄ eingerichtet.

0,8 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.2 Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik

Im Änderungsantrag vom 13.12.2017 wurde das neu gegründete IT-Referat mit seinen 12 VZÄ im Rumpfbereich explizit von der Höchstgrenze ausgenommen. Die ursprünglich im Direktorium angesiedelten Projekte (RIT-HA I; STRAC), die vom Direktorium in das RIT übertragen werden, sind jedoch betroffen.

Im Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik (RIT-HA I) wurden für das Jahr 2018 insgesamt 27,0 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 20,3 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **6,7 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik hat zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe alle **6,7 VZÄ** durch reduzierte Stelleneinrichtung aus Beschlüssen umgesetzt.

Im Einzelnen sind folgende Beschlüsse betroffen:

- „Ergebnis der externen Begutachtung der IT der LHM“ (14-20/V07004) Verzicht auf 2,0 VZÄ,
- „Ausplanung des IT-Gutachtens zur Neuorganisation der städtischen IT“ (14-20/V09983) Verzicht auf 2,7 VZÄ und
- „E-Government und Open-Government – Stufe 3 – öffentlicher Teil“ (14-20/V09361) Verzicht auf 2,0 VZÄ.

3.3 Baureferat

Im Baureferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 167,45 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 126,2 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **41,3 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurde auf **23,55** zusätzliche VZÄ verzichtet. Im Einzelnen sind folgende Beschlüsse betroffen:

- „Schulbauoffensive 2013 – 2030“ (14-20/V08675) Verzicht auf 15,95 VZÄ,
- „Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 West“ (14-20/V10259) Verzicht auf 3,0 VZÄ,
- „Grünflächenunterhalt“ (14-20/V08544) Verzicht auf 2,8 VZÄ,
- „MKRw“ (14-20/V10397) Verzicht auf 0,8 VZÄ,
- „Bauprojektmanagement Leitungsstufe 1a“ (14-20/V09559) Verzicht auf 0,5 VZÄ und
- „Geoinformationsmanagement“ (14-20/V09550) Verzicht auf 0,5 VZÄ.

17,75 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.4 Referat für Gesundheit und Umwelt

Im Referat für Gesundheit und Umwelt wurden für das Jahr 2018 insgesamt 33,88 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 25,5 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **8,4 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurde auf **5,0** zusätzliche VZÄ verzichtet. Im Einzelnen sind folgende Beschlüsse betroffen:

- „Schaffung und Finanzierung einer Überplanstelle der Besoldungsgruppe B4“ (14-20/V08778) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- „Maßnahmen zur Bekämpfung von Ratten nach dem Infektionsschutzgesetz“ (14-20/V08502) Verzicht auf 0,5 VZÄ,
- „Regelförderung für gesundheits- und umweltbezogene Einrichtungen und Projekte“ (14-20/V08520) Verzicht auf 0,5 VZÄ,
- „Mehrbedarf der Hauptabteilung Umweltschutz“ (14-20/V08481) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- „Gesundheitsvorsorge für psychisch erkrankte und suchtkranke Menschen in Unterkünften“ (14-20/V08514) Verzicht auf 1,0 VZÄ und
- „Bedarfsgerechte sexualpädagogische Zielgruppenarbeit in der STI Beratung“ (14-20/V08439) Verzicht auf 1,0 VZÄ.

3,3 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.5 Kommunalreferat

Im Kommunalreferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 24,18 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 18,2 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **6,0 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurden **4,0 VZÄ** aus dem Beschluss 14-20/V09333 „Verwaltungsstandorte der LHM“ nicht eingerichtet. Statt der ursprünglich beschlossenen 16 VZÄ wurden somit lediglich 12 VZÄ eingerichtet.

2,0 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.6 Kreisverwaltungsreferat

Im Kreisverwaltungsreferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 364,8 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 274,9 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **89,9 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurden **52,3 VZÄ** aus verschiedenen Beschlüssen nicht umgesetzt. Der Großteil mit 24 VZÄ aus dem Beschluss „Einrichtung eines Kommunalen Außendienstes (KAD) in Teilen der Innenstadt“ (14-20/V08288). Weitere 13,3 VZÄ aus dem Beschluss „Stellenbedarf Bürgerbüro – Evaluierung Personalbedarf“ (14-20/V08285) und 10,0 VZÄ aus dem Beschluss „Personalbedarfe der Branddirektion“ (14-20/V09407). Daneben weitere kleinere Reduzierungen von insgesamt 5,0 VZÄ bei diversen anderen Beschlüssen.

37,6 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.7 Kulturreferat

Im Kulturreferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 10,67 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 8,1 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **2,6 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Alle **2,6 VZÄ** aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.8 Personal- und Organisationsreferat

Im Personal- und Organisationsreferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 67,65 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 51,05 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **16,6 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurden **13,57 VZÄ** aus verschiedenen Beschlüssen nicht umgesetzt. Der Großteil mit 9,05 VZÄ aus dem Beschluss „Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Landeshauptstadt München auf dem Arbeitsmarkt“ (14-20/V08925). Weitere 3,1 VZÄ aus dem Beschluss „Ausbildung im Hoheitsbereich“ (14-20/V08583) und 1,0 VZÄ aus dem Beschluss „Inklusion bei der Arbeitgeberin Stadt München“ (14-20/V09030). Daneben gab es weitere kleinere Reduzierungen von insgesamt 0,4 VZÄ-Stellenanteilen bei diversen anderen Beschlüssen.

3,05 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.9 Planungsreferat

Im Planungsreferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 25,49 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 19,2 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **6,3 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurden **2,0 VZÄ** aus dem Beschluss „Personal- und Ressourcenbedarf für die Großprojekte 2. Stammstrecke München und Neubau Hauptbahnhof München; Vergabe von Beratungs- und Gutachterleistungen“ (14-20/V09602) sowie „weitere **1,3 VZÄ** aus dem Beschluss „E-Government und Open-Government (eoGov) Stufe 3“ (14-20/V09361) nicht umgesetzt.

3,0 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.10 Referat für Bildung und Sport

Im Referat für Bildung und Sport wurden für das Jahr 2018 insgesamt 159,43 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 120,2 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **39,2 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurde auf **35,0** zusätzliche VZÄ verzichtet. Im Einzelnen sind folgende Beschlüsse betroffen:

- „Internationale Klassen an städtischen Realschulen und Gymnasien“ (14-20/V08929) Verzicht auf 17,58 VZÄ,
- „MKRw; Ressourcen der Referatshaushaltssachgebiete“ (14-20/V10397) Verzicht auf 5,0 VZÄ,
- „Schule/Kita isst gut“ (14-20/V09031) Verzicht auf 3,93 VZÄ,
- „Windows 10“ (14-20/V08344) Verzicht auf 2,5 VZÄ,
- „BiLoks München“ (14-20/V09517) Verzicht auf 2,0 VZÄ,
- „Richtlinie zur Förderung der Bildung, Erziehung und Betreuung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kitas“ (14-20/V08461) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- „Schaffung und Finanzierung einer Planstelle“ (14-20/V08531) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- „Stellen für Schulpsychologie an städtischen allgemeinbildenden beruflichen Schulen und beim ZSPD“ (14-20/V08575) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- und weitere insgesamt 1,0 VZÄ in Stellenanteilen aus diversen Beschlüssen.

4,3 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.11 Sozialreferat

Im Sozialreferat wurden für das Jahr 2018 insgesamt 114,43 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 86,2 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **28,2 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurde auf **8,2** zusätzliche VZÄ verzichtet. Im Einzelnen sind folgende Beschlüsse betroffen:

- „Sachstand Kostenerstattungsverfahren unbegleitete Minderjährige“ (14-20/V07562) Verzicht auf 4,67 VZÄ,
- „Software wirtschaftliche Jugendhilfe und soziale Arbeit (SoJA)“ (14-20/V09908) Verzicht auf 2,0 VZÄ,
- „Schaffung und Finanzierung einer Überplanstelle der BesGr. A16/E15Ü“ (14-20/V09171) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- und weitere insgesamt 0,53 VZÄ in Stellenanteilen aus diversen Beschlüssen.

19,8 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.12 Stadtkämmerei

In der Stadtkämmerei wurden für das Jahr 2018 insgesamt 31,48 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 23,7 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **7,8 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurde auf **4,8** zusätzliche VZÄ verzichtet. Im Einzelnen sind folgende Beschlüsse betroffen:

- „Personalbedarf Stadtkämmerei“ (14-20/V08862) Verzicht auf 2,0 VZÄ,
- „E-Government, Open Government, Stufe 3“ (14-20/V09361) Verzicht auf 1,0 VZÄ,
- „Externe Begutachtung der IT der LHM“ (14-20/V07004) Verzicht auf 1,5 VZÄ und
- „Dezentrale Gleichstellungsbeauftragte“ (14-20/V09143) Verzicht auf 0,3 VZÄ

3,0 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

3.13 Referat für Arbeit und Wirtschaft

Im Referat für Arbeit und Wirtschaft wurden für das Jahr 2018 insgesamt 12,05 zusätzliche Stellen-VZÄ beschlossen, von denen 9,1 VZÄ zusätzlich finanziert werden, also **3,0 VZÄ** weniger als ursprünglich beschlossen.

Zur Umsetzung der Stadtratsvorgabe wurden **1,7 VZÄ** aus dem Beschluss „Handlungsfeld Digitalisierung Münchner Wirtschaft“ (14-20/V08599) sowie „weitere **1,0 VZÄ** aus dem Beschluss „Kunstareal München – Kunst, Kultur, Wissen Sachstandsbericht 2017“ (14-20/V09501) nicht umgesetzt.

0,3 VZÄ aus Beschlüssen des Jahres 2018 konnten umgesetzt werden, indem vorhandene vakante Stellen/-anteile zur Kompensation eingezogen wurden.

4 Begründung für die verspätete Abgabe

Im Änderungsantrag vom 13.12.2017 wurden den Referaten freigestellt, bereits beschlossene Kapazitätsausweitungen, die die Höchstgrenze überschreiten, mit vorhandenen unbesetzten Stellen zu kompensieren. Handelte es sich bei der Kompensation um durch Stadtratsbeschluss zweckbestimmte Stellen, war ein gesonderter Stadtratsbeschluss herbeizuführen.

Ursprünglich war geplant, die Einhaltung der Höchstgrenze aller Referate in Form einer Bekanntgabe im VPA am 11.07.2018 einzubringen. In der Vollversammlung am 06.06.2018 wurden jedoch alle noch nicht behandelten vorberatenden Fachausschussbeschlüsse zu diesem Thema in die nächste Vollversammlung am 27.06.2018 vertagt. Dies hat wiederum Auswirkungen auf diese Gesamtdarstellung, die daher kurzfristig und mit verspäteter Abgabe dem Stadtrat am 27.06.2018 in der Vollversammlung vorgelegt wird.

Der Korreferentin des Personal- und Organisationsreferates, Frau Stadträtin Messinger und der zuständigen Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Bär, ist ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet worden.

II. Bekanntgegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in
Ehrenamtliche/-r Stadtrat/rätin

Dr. Dietrich
Berufsmäßiger Stadtrat

III. Abdruck von I. und II.

über D-II-V-Stadtratsprotokolle
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt

zur Kenntnis

IV. Wv. Personal- und Organisationsreferat, P3.11

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. an den Gesamtpersonalrat
an das Direktorium – GL
an das Revisionsamt – GL
an das Baureferat – RG
an das Kommunalreferat – GL
an das Kreisverwaltungsreferat – GL/1
an das Kreisverwaltungsreferat – HA IV Branddirektion
an das Kulturreferat – GL
an das Personal- und Organisationsreferat – GL, GL 2
an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG
an das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik - GL
an das Referat für Arbeit und Wirtschaft – GL
an das Referat für Gesundheit und Umwelt – S – COP
an das Referat für Bildung und Sport– GL
an das Sozialreferat – S-Z-P
an die Stadtkämmerei – GL

zur Kenntnis.